



Medienmitteilung

Basel, 7. Januar 2020

Startschuss für ein faires Miteinander im Verkehr

Die Stimmbevölkerung in Basel-Stadt hat sich mehrmals gegen einseitige Massnahmen in der Verkehrspolitik ausgesprochen. Deshalb setzt sich ein breit abgestütztes Komitee für ein Ja zu den Initiativen «Zämme fahre mir besser!» und «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» am 9. Februar ein. Das Ziel ist eine faire, umweltfreundliche und innovationsoffene Verkehrspolitik, welche die Interessen der gesamten Bevölkerung berücksichtigt.

Am 9. Februar hat die Stimmbevölkerung von Basel-Stadt die Chance, die einseitige und konfrontative Verkehrspolitik in diesem Kanton entscheidend zu korrigieren. Mit einem Ja zu den Mobilitätsinitiativen «Zämme fahre mir besser!» und «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» wird die Grundlage für ein faires Miteinander aller Verkehrsarten geschaffen. Die beiden Initiativen werden von einer breiten Allianz von Parteien, Quartierorganisationen, Wirtschafts- und Verkehrsverbänden sowie zahlreichen engagierten Einzelpersonen unterstützt. Heute haben Mitglieder des Komitees «Zämme besser!» die Argumente für ein 2x Ja am 9. Februar vorgestellt.

Zukunftsgerichtete und realistische Forderungen

Mit einem Ja zu den beiden Mobilitätsinitiativen werden folgende Ziele verbindlich festgesetzt:

- Alle Verkehrsarten werden vor vermeidbaren Gefährdungen und Behinderungen geschützt.
- Der Anteil umweltfreundlicher Verkehrsmittel wird erhöht.
- Der Parkplatzabbau in den Quartieren wird gestoppt.
- Zusätzliche Veloabstellplätze sind, wenn immer möglich gedeckt, zu erstellen.

Das Komitee «Zämme besser!» steht zudem hinter dem Ziel des Regierungsrats, welches bis 2050 eine weitestgehend emissionsfreie Mobilität vorsieht. Unrealistische Zielvorgaben, wie die Reduktion des motorisierten Verkehrs um zehn Prozent bis 2020, sind aber nicht sinnvoll. Deshalb soll diese Vorgabe aus dem Gesetz entfernt werden. Dies befürwortet im Übrigen auch der Regierungsrat.

Gegenseitiges Auspielen der verschiedenen Mobilitätsarten beenden

Mit einem Ja zu den beiden Initiativen wird das gegenseitige Auspielen der verschiedenen Mobilitätsarten beendet. Heute setzt die Verkehrspolitik auf einseitige Massnahmen zu Lasten des motorisierten Verkehrs und auf einen massiven Parkplatzabbau in den Quartieren. Dies führt zu Staus und zu unnötigem Ausweichverkehr, Parkplatzsuchverkehr und Emissionen. Die beiden Initiativen fordern ein faires Miteinander aller Verkehrsteilnehmenden.





Stimmbevölkerung sagte mehrfach Nein zu einseitiger Verkehrspolitik

Die Forderung nach einer fairen und ausgewogenen Verkehrspolitik entspricht den jüngsten Volksentscheiden zu diesen Themen. So lehnte die Stimmbevölkerung in Basel-Stadt mehrmals Vorlagen ab, die sich einseitig gegen die motorisierte Mobilität richteten. Insbesondere ist das deutliche Nein zur VCS-Strasseninitiative und dem Gegenvorschlag (2015) hervorzuheben. Es war ein klares Nein gegen den Abbau von bis zu 2000 Parkplätzen und Einschränkungen für den motorisierten Individualverkehr. Trotzdem führt das zuständige Departement den Parkplatzabbau und die einseitigen Massnahmen unvermindert weiter. Deshalb braucht es die «Zämme besser»-Initiativen.

«Gegenvorschlag» will Privatbesitz und individuelle Mobilität massiv einschränken

Am 9. Februar kommt auch ein «Gegenvorschlag» zur Initiative «Zämme fahre mir besser!» zur Abstimmung, der von einer knappen rot-grünen Mehrheit des Grossen Rats beschlossen worden ist. Dieser steht im Widerspruch zu den Zielen der Initiative; er will die heutige Verkehrspolitik nochmals deutlich verschärfen. Das Ziel: Motorisierte Fahrzeuge – auch wenn sie umweltfreundlich mit einem Elektro- oder Wasserstoffmotor angetrieben werden – sollen nicht mehr in Privatbesitz sein und auf Kantonsgebiet nur noch vollbesetzt genutzt werden. Dieses auf Basel-Stadt beschränkte Ziel könnte nur mit massiven Einschränkungen und Verboten erreicht werden. Dieser Pseudo-Gegenvorschlag macht deutlich, dass es den Gegnern von «Zämme besser» nicht um Umweltschutz geht, da sie auch umweltfreundliche Motorfahrzeuge verbannen wollen. Dem «Gegenvorschlag» liegt eine rückständige Haltung zugrunde, welche motorisierte Mobilität generell ablehnt – unabhängig vom technologischen Fortschritt und emissionsfreien Antrieben. Das Komitee «Zämme besser!» lehnt den nicht zeitgemässen Pseudo-Gegenvorschlag klar ab.

Mehr Informationen: www.zämme-besser.ch

Weitere Auskünfte:

Corinne Eymann-Baier, Bürgergemeinderätin LDP Basel-Stadt, corinne.eymann@bluewin.ch

Beatrice Isler, Grossrätin CVP Basel-Stadt, Telefon 079 759 78 77

Lukas Ott, Geschäftsführer TCS Sektion beider Basel, Telefon 078 853 37 41

Marcel Schweizer, Präsident Gewerbeverband Basel-Stadt, Telefon 061 643 02 60





Zitate

Corinne Eymann-Baier:

- «Die Initiative „Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer“ fordert Verbesserungen für den Veloverkehr und den Autoverkehr beim Parkieren. Sie verbessert auch die Situation der Gewerbetreibenden, die auf ein Fahrzeug angewiesen sind.»
- «Oft wehren sich Anwohnerinnen und Anwohner gegen den Parkplatzabbau. Vergessen wir nicht: Die Hälfte der Haushalte in Basel-Stadt hat ein oder mehrere Autos. Aber trotz des Widerstands wird abgebaut.»
- «Mit der Initiative «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» wird dieser Parkplatzabbau gestoppt, wodurch die Quartiere vor dem zunehmenden Suchverkehr geschützt werden. Das erhöht die Sicherheit und die Luftqualität.»

Beatrice Isler:

- «Die Initiative «Zämme fahre mir besser!» stellt die Grundlage für ein faires Miteinander aller Verkehrsträger dar. Eine moderne Verkehrspolitik berücksichtigt die Bedürfnisse aller Mobilitätsteilnehmer: Sei es der öffentliche Verkehr, die Velofahrenden, Fussgängerinnen und Fussgänger, aber auch der motorisierte Individualverkehr.»
- «Unabhängig davon, mit welcher Art Leben wir uns identifizieren, ist es meine feste Überzeugung, dass wir uns die Freiheit der eigenen Entscheidung lassen müssen, weil wir mit Verboten und Einschränkungen spaltend wirken. Das gilt im Besonderen auch für unser Mobilitätsverhalten bzw. die persönliche Wahl des Verkehrsträgers. Jeder Verkehrsträger hat seine Berechtigung und seinen optimalen Einsatzzweck. Diesem Umstand muss eine Stadt Rechnung tragen.»
- «Die Initiative will alle Verkehrsarten vor vermeidbaren Behinderungen und Gefährdungen schützen, sowie den Anteil umweltfreundlicher Verkehrsmittel erhöhen. Das sind moderate und sinnvolle Forderungen. Das sind moderate und sinnvolle Forderungen. Darum stehe ich dahinter und sage Ja zur Initiative.»





Lukas Ott:

- «Sinn und Zweck eines Gegenvorschlags ist es eigentlich, den Initianten im Sinne eines Kompromisses entgegen zu kommen. Der vorliegende Pseudo-Gegenvorschlag will jedoch die bestehende ideologische, einseitig gegen den motorisierten Verkehr gerichtete Verkehrspolitik nochmals deutlich verschärfen.»
- «Mit der Annahme des Pseudo-Gegenvorschlags hätte die Basler Verkehrspolitik einen klaren Auftrag: Sie müsste darauf hinarbeiten, dass voll motorisierte Fahrzeuge letztlich nur noch im kollektiven Eigentum sind und vollbesetzt benutzt werden. Diese Einschränkungen sind klar im Bericht der UVEK ausformuliert. Die entsprechenden Vorgaben sind – das wird Ihnen jeder Jurist bestätigen – integraler Bestandteil der Vorlage und müssen wie gesagt vom Regierungsrat im Rahmen der Umsetzung auf Verordnungsstufe berücksichtigt werden.»
- «Der Pseudo-Gegenvorschlag will zudem, dass motorisierte Fahrzeuge nur vollbesetzt benutzt werden. Dies schränkt die individuelle Nutzung massiv ein. Die Förderung von Sharing-Modellen und kollaborativen Angeboten ist richtig. Aber die individuelle Mobilität muss möglich bleiben.»

Marcel Schweizer:

- «In der Verkehrspolitik läuft heute einiges verkehrt. Anstatt die beste Lösung für alle Mobilitätsarten zu finden werden heute diese gegeneinander ausgespielt. Der Individualverkehr wird dabei systematisch benachteiligt. Dass eine Mehrheit der Bevölkerung eine so einseitige Verkehrspolitik nicht will, hat sie mehrfach zum Ausdruck gebracht.»
- «Dass der Abstimmungskampf hitzig werden wird, ist bei diesem Thema klar. Störend ist hingegen, dass die Gegner bereits mit Falschaussagen operieren. So behaupten sie, der Münsterplatz werde nach einem Ja wieder zu einem Parkplatz werden. Diese Aussage ist absurd und hat nichts mit den Forderungen der Initiativen und der Realität zu tun.»
- «Die Hälfte der Haushalte in Basel-Stadt hat ein oder mehrere Autos. Aber auch die Wirtschaft ist auf motorisierte Fahrzeuge, auf ein adäquates Parkplatzangebot und auf eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Wir brauchen eine Verkehrspolitik, welche die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung und der Wirtschaft berücksichtigt.»

